

N i e d e r s c h r i f t

**der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 15.02.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Dr. Meerheim
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Frau Nagel
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreter für Frau Hintz
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreter für Herrn Krause
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Stefan Richter	Stellvertretender Leiter Fachbereich Recht
Claudia Schröder	Amt. Fachbereichsleiterin Bildung
Jasmine Chaghouri	Teamleiterin Fachaufsicht KiTe KiTe
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales

zu Einwohnerfragestunde

zu Herr Wolfgang Theis zur Kulanzenentscheidung bei Schuleinzugsgebieten

Herr Wolfgang Theis berichtete, dass seine Tochter die Vorschule in der Grundschule Ulrich von Hutten besucht. Die Schule befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Wohnort.

Mit Beschluss zu den Schuleinzugsgebieten wurde der Familie durch das Landesschulamt mitgeteilt, dass die Tochter in der Grundschule Glaucha eingeschult wird.

Er wies auf die mündliche Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek in der Dezembersitzung des Hauptausschusses hin. Damals wurde durch die zuständige Beigeordnete eine Kulanzenentscheidung zugesichert. Die betroffenen Eltern sollten sich an den Fachbereich Bildung wenden. Dort wurde man jedoch an das Landesschulamt verwiesen , weil diese zuständig ist.

Herr Theis fragte, wie genau die Unterstützung von Seiten der Verwaltung aussieht.

Frau Schröder antwortete, dass sie sich mit dem Landesschulamt in Verbindung setzen wird, um diesen Sachverhalt fristgemäß zu klären.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 28. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.3

Durchführung des Bundeswettbewerbs "Jugend musiziert" 2019 in Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02508

- *gleiche Voten in den Ausschüssen*

TOP 5.5

Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage

Nr. VI/2015/01129)

Vorlage: VI/2016/02523

- *gleiche Voten in den Ausschüssen*

TOP 6.2

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur Änderung der Kulturförderrichtlinie

Vorlage: VI/2016/02516

- *Eine Beratung erfolgte nur in einem Fachausschuss. Die Möglichkeit unterschiedlicher Voten ist somit nicht gegeben. Daraus folgt keine Behandlung im Hauptausschuss*

Herr Scholtyssek wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt

TOP 5.1

Ehrung von Hans-Dietrich Genscher durch die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02585

ebenfalls abgesetzt werden kann, da auch hier keine unterschiedlichen Voten bestehen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Ehrung von Hans-Dietrich Genscher durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02585 **abgesetzt**
 - 5.2. Umbenennung des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02606
 - 5.3. Durchführung des Bundeswettbewerbs "Jugend musiziert" 2019 in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02508 **abgesetzt**
 - 5.4. Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
Vorlage: VI/2016/01867
 - 5.5. Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage Nr. VI/2015/01129)
Vorlage: VI/2016/02523 **abgesetzt**
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2016/02407
 - 6.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur Änderung der Kulturförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02516 **abgesetzt**
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.01.2017.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der letzten Hauptausschusssitzung vom 18.1.2017 vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.2 Umbenennung des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02606**

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium wird auf Grundlage des Vorschlags der Gesamtkonferenz in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium umbenannt.

**zu 5.4 Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
Vorlage: VI/2016/01867**

Herr Stäglin brachte die Beschlussvorlage ein. Er informierte darüber, dass viele Projekte und Aktivitäten durch Umorganisation in die Verwaltungstätigkeit integriert wurden. Demnach ist eine Mitgliedschaft nicht mehr notwendig.

Herr Bönisch gab zu Protokoll, dass es sich nur um die formale Mitgliedschaft handelt.

Frau Dr. Brock sagte, dass man nicht auf die Mitgliedschaft verzichten sollte. Innerhalb der Verwaltung sollte ein Mitarbeiter mit der Aufgabe betraut werden.

Frau Haupt sagte, dass die Arbeit des Netzwerkes eine Bereicherung für die Stadt darstellt. Sie unterstützte die Aussage von Frau Dr. Brock.

Herr Lange wies darauf hin, dass die Kündigung des Netzwerkes ein falsches Signal wäre. Gesundheitsvorsorge und Prävention werden immer wichtiger. Er warb dafür, die Mitgliedschaft nicht zu kündigen. Vielmehr sollte die Stadt Halle (Saale) sich wieder stärker in dem Netzwerk engagieren.

Frau Chaghouri sagte, dass die aktive Mitarbeit im Netzwerk bereits 2012 eingestellt wurde. Durch Strukturänderungen wurden Aufgaben von anderen Bereichen übernommen. Eine weitere Mitarbeit im Netzwerk müsste dafür neu strukturiert werden.

Herr Wolter informierte, dass in den Fachausschüssen viel über dieses Thema diskutiert wurde. Er zeigte sich überrascht, dass die Arbeit im Netzwerk seit 2012 eingestellt wurde. Er fragte, wie die Stadt seit 2012 mit anderen Städten kommuniziert hat und wie dies zukünftig aussehen soll.

Frau Schröder erklärte, dass die Arbeit im Netzwerk nur funktioniert, wenn sich die Mitglieder beteiligen. Die Möglichkeit, mit anderen Städten zu kommunizieren besteht auch weiterhin. Hier bedarf es nicht der Mitgliedschaft im Netzwerk.

Frau Dr. Brock teilte mit, dass verschiedene Veranstaltungen des Netzwerkes auf der Internetseite zu finden sind. Das Netzwerk ist sehr aktiv. Es sollte die Chance genutzt werden, wieder aktiv mitzuarbeiten.

Herr Lange stimmte der Aussage von Frau Dr. Brock zu. Er fragte, wie viele Städte in den letzten zwei Jahren ausgetreten sind.

Frau Schröder antwortete, dass das Netzwerk aktuell 162 Mitglieder hat. Städte kündigen ihre Mitgliedschaft, andere Städte treten dem Netzwerk bei. Die Stadt Halle (Saale) könnte zu einem späteren Zeitpunkt wieder Mitglied werden. Zurzeit gibt es jedoch keine Ressourcen, um aktiv im Netzwerk arbeiten zu können.

Frau Dr. Brock schlug vor, an der Veranstaltung am 27.02.2017 in Leipzig teilzunehmen und danach zu entscheiden, ob eine Mitgliedschaft im Netzwerk sinnvoll erscheint.

Herr Wolter sagte, dass eine Veränderung in der Netzwerkarbeit nur erfolgen kann, wenn die personelle Frage beantwortet ist. Er fragte, wie die Verwaltung einen Austausch mit anderen Kommunen realisieren wird, wenn die Stadt nicht mehr Mitglied des Netzwerkes ist.

Herr Stäglin wies auf das ISEK hin. Hier wurden alle Belange innerhalb der Fachbeiträge zusammengetragen, ausgewertet und eingearbeitet. Die inhaltliche Zielsetzung für den Gesamtprozess ist in der Verwaltung enthalten. Weiterhin sagte er, dass mit den Dienstleistungszentren Bereiche geschaffen wurden, welche diese Themen bündeln.

Frau Schröder machte deutlich, dass im Netzwerk erwartet wird, dass die Mitglieder eigene neue Projektarbeiten einbringen und nicht nur als Zuhörer anwesend sind.

Frau Ernst sagte, dass die Themen Prävention und Gesundheit als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung verstanden werden. Die Stadt Halle (Saale) arbeitet in vielen Netzwerken städteübergreifend mit anderen Kommunen zusammen, unter anderem im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sowie im Deutschen Städtetag.

Hinsichtlich der Aussage von Frau Ernst sagte **Herr Lange**, dass Themen aus anderen Netzwerken in das Gesunde Städte-Netzwerk eingebracht werden können. Somit könnten auch andere Städte motiviert werden, stärker im Netzwerk mitzuarbeiten. Weiterhin könnten Themen aus dem Netzwerk sehr innovativ für die Stadt Halle (Saale) sein. Deshalb sollte die Stadt auch weiterhin Mitglied bleiben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
7 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt der Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland zum 31.03.2017 zu.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2016/02407**

Frau Dr. Marquardt berichtete, dass sie mit einem Mitglied des Kirchenvorstandes gesprochen hat. Im Gespräch wurde darauf hingewiesen, dass es nicht um die Hausmannstürme, sondern um das Kirchenschiff der Marktkirche geht. Dieses befindet sich im Eigentum der Kirche und der Kirchenvorstand entscheidet selbst, wie mit diesem umzugehen ist.

Weiterhin sagte sie, dass der Rote Turm bisher nur für kulturelle Werbung genutzt wurde. Mit der Denkmalpflege wurde das Anbringen der Befestigungspunkte abgestimmt.

Herr Dr. Fikentscher kündigte einen Änderungsantrag für die Stadtratssitzung an. Der Rote Turm soll nicht dauerhaft als Werbefläche genutzt werden. Es sollte jedoch weiterhin die Möglichkeit bestehen, bei besonderen Anlässen den Roten Turm als Werbefläche zu nutzen. Diese Werbung muss sich jedoch ästhetisch einfügen.

Frau Dr. Brock sagte, dass die Aussagen von Herrn Dr. Fikentscher nachvollziehbar sind, aber es in dem Antrag auch um die Gebäudeästhetik geht. Sie regte an, den Antrag nicht abzustimmen, sondern gemeinsam mit dem Änderungsantrag im Stadtrat zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine Abstimmung im Hauptausschuss unschädlich ist, weil der Stadtrat abschließend entscheidet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

3 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt als Eigentümerin ~~der Hausmannstürme~~ und des Roten Turms verzichtet dauerhaft auf das Anbringen von Werbeträgern. Das vorhandene Befestigungssystem wird zurückgebaut.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein gemeinsames Handeln mit der Marktgemeinde, im Sinne eines Werbeverzichts, an den Hausmannstürmen zu forcieren.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Dr. Brock zum Stadtmarketing Beirat

Frau Dr. Brock fragte, ob bereits ein Termin für die erste Sitzung des Stadtmarketing-Beirats bekannt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass für die Einberufung der Geschäftsführer der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zuständig ist. Laut Aussage des Geschäftsführers ist die Einberufung für Ende März 2017 vorgesehen.

zu 9.2 Herr Scholtyssek zu Zukunftswerkstätten

Herr Scholtyssek wies darauf hin, dass eine Zukunftswerkstatt, entgegen der Absprache, wieder montags stattgefunden hat. Er fragte, wie zukünftig dies vermieden wird.

Frau Ernst antwortete, dass dieser Termin auf Grund der Ferien zustande kam. Grundsätzlich werden die Absprachen berücksichtigt.

zu 9.3 Herr Bönisch zum Haushalt

Herr Bönisch sagte, dass die Stadt mit der Genehmigung des Haushaltes eine Haushaltssperre als Auflage erhalten hat. Er wies auf die Mitteilung des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtratssitzung hin. Dort wurde von einer vorläufigen Haushaltsführung berichtet. Aus seiner Sicht sind dies jedoch unterschiedliche Gegebenheiten.

Er fragte, welche Bedeutung diese Auflage für die Ausreichung von Mitteln auf freiwilliger Leistung hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Tatbestandsmerkmale der vorläufigen Haushaltsführung gelten. Dies wurde durch das Landesverwaltungsamt mitgeteilt. Es muss die Notwendigkeit und Unabweisbarkeit von Zahlungen nachgewiesen werden.

Weiterhin erhielt die Stadt mit der Genehmigung des Haushaltes eine zusätzliche Auflage. Es muss ein Betrag von 2,1 Millionen Euro eingespart werden. Herr Geiger, als zuständiger Beigeordneter, hat bereits im internen Verwaltungsablauf Vorsorge getroffen, damit diese Auflage erfüllt wird.

Herr Bönisch fragte nach, ob es Auswirkungen auf Dritte hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer